

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 14. Dezember 2009, 15.00 Uhr,  
im Saal des Landgasthofs und Hotels Trüter,  
Mitteldorfstr. 1 (Eingang: Angerstr.), 37197 Hattorf am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Wolfgang Darnedde, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulfen am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Marianne Niederheide, Osterode am Harz  
Lutz Peters, Herzberg am Harz

Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz  
Karin Wode, Elbingerode

Von der Verwaltung  
Erster Kreisrat Gero Geißreiter  
Medizinaldirektorin Dr. Ursula Schaper  
Kreisverwaltungsoberrat Holger Ahrens  
Kreisverwaltungsoberrat Siegfried Pfister  
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann  
Kreisamtsrat Jürgen Kuhnert  
Kreisangestellter Franz-Michael Hemesath  
Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Frühling-Eder  
Kreisamtsmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt  
die Abgeordneten

Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
Herbert Mische, Walkenried  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.05 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders Samtgemeindebürgermeister Hellwig, Bürgermeister Reinholz, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Dank spricht die Vorsitzende dem Leiter der Kreismusikschule, Bert-Heinrich Hunke, mit seinem Bläser-Ensemble für die vor Beginn dieser Sitzung dargebotenen weihnachtlichen Klänge aus.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; der Kreistag stellt folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 16. Nov. 2009
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

5. Wahl eines Mitglieds und eines stellv. Mitglieds für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten zur Wahl der Vertrauensleute des beim Verwaltungsgericht Göttingen zu bildenden Ausschusses zur Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter
6. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Hildesheim
7. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010
9. Haushaltssicherungskonzept 2010
10. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2009-2013
11. Anfragen und Mitteilungen
12. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 16. Nov. 2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 16. Nov. 2009 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

1. Gastgeberverzeichnis der Harzer Sonnenseite (HSS)

Der Landrat weist auf das an die Kreistagsabgeordneten verteilte Gastgeberverzeichnis der HSS hin und erläutert die Entwicklung anhand der Anzeigenschaltung durch die Beherbergungsbetriebe:

<u>Jahr</u>	<u>Seitenzahl</u>	<u>Anzeigen</u>
2007	134	199
2008	144	191
2009	132	168
2010	116	243

Danach sei das Anzeigenaufkommen seit 2007 um 22,1 % gestiegen.

Auffällig sei eine schwache Beteiligung aus der Stadt Herzberg am Harz. Hier fehle wohl die zentrale Steuerung.

Im Vergleich zur HSS sei das Anzeigenaufkommen beim Harzer Verkehrsverband (HVV) in diesem Zeitraum um 12,0 % gesunken.

## 2. Kreditversorgung im Landkreis Osterode am Harz

Der Landrat bezieht sich auf eine Anfrage der Abg. Meyer im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Kreditversorgung im Landkreis Osterode am Harz und berichtet dazu aus einer Mitteilung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wie folgt:

Bisher zeigten weder die Zahlen der Deutschen Bundesbank noch die Zahlenwerke des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes eine Kreditklemme. Sparkassen und Landesbanken hätten einen Marktanteil von 41,5% bei Unternehmenskrediten. Die Sparkassen hätten in den ersten 10 Monaten 2009 50,3 Mrd. € Kredite an Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Das entspreche einer Steigerung von 5,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Bestand von derartigen Krediten sei Ende Oktober 2009 um 10,4 Mrd. € (+ 3,5 %) höher als Ende Oktober 2008. Auch Sparkassen und Landesbanken insgesamt hätten per saldo immer noch einen Zuwachs zu verzeichnen. Hier dürfe aber nicht übersehen werden, dass es wegen engerer Kreditspielräume und des darauffolgenden Rückzugs anderer aus diesem Geschäftssegment zu Engpässen kommen könne.

Der Passivüberhang der Sparkassen betrage über 140 Mrd. €, hinzu komme ein großes Pfandbriefpotenzial von über 200 Mrd. €. Die Kern- und Eigenkapitalquote bei den Sparkassen von durchschnittlich 9,5 bzw. 14,5 % gebe Handlungsspielraum. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband schlage deshalb vor, über eine Fondskonstruktion Spielräume für zusätzliche Kreditvergaben zu schaffen. Auf diese Weise könnten Kredite vergeben werden, die für eine einzelne Sparkasse der Höhe wie der Eigenkapitalbelastung nach nicht ohne weiteres tragbar wären. Der Fonds ermögliche eine effiziente Kapitalallokation innerhalb der Finanzgruppe:

- Institute mit eher knappem Eigenkapital, Problemen mit Großkreditgrenzen oder teurer Liquidität könnten ihren Spielraum für die Kreditvergabe erhöhen,
- Institute mit hohem freiem Eigenkapital, wenig Kreditgeschäft und preiswerter Liquidität erhielten interessante, diversifizierte Anlagemöglichkeiten; sie könnten sich auf Wunsch auch an der Finanzierung von Kreditgeschäften der Landesbanken beteiligen,
- lokale und regionale Größenrestriktionen könnten überwunden werden.

Das Konzept beinhalte zwei voneinander unabhängige, aber sich ergänzende Komponenten:

- Ein Zusatz-Kreditprogramm über einen Fonds der Sparkassen-Finanzgruppe sowie
- ein Eigenkapitalhilfeprogramm für mittelständische Kunden, das die derzeit politisch diskutierten, möglichen staatlichen Garantien berücksichtigt.

Die Überlegungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes unterschieden sich in einem wichtigen Punkt vom Ansatz des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB). Während die vom BdB vorgetragene Verbriefungskonstruktion ein staatlich gestütztes Premiumsegment mit primär oder sogar ausschließlich guten Bonitäten zum Ziel habe - also Unternehmenskunden, die heute leicht Kredite erhalten - setze der o.a. Lösungsansatz bezüglich staatlicher Garantien genau da an, wo Unternehmen mit Potenzial unverschuldet durch die Finanz- und Wirtschaftskrise unter Druck geraten seien. Hier sei staatliche Förderung sinnvoll. In allen anderen Bereichen agiere die Sparkassen-Finanzgruppe eigenständig und unternehmerisch.

Punkt 5:

Wahl eines Mitglieds und stellv. Mitglieds für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten zur Wahl der Vertrauensleute des beim Verwaltungsgericht Göttingen zu bildenden Ausschusses zur Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter

- Drucksache Nr. 224 -

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz bestimmt aus den Vorschlägen

1. **Herrn Wolfgang Dervedde, 37520 Osterode am Harz, als Mitglied und**
2. **Frau Karin Wode, 37412 Elbingerode, als stellv. Mitglied**

für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten zur Wahl der Vertrauensleute des beim Verwaltungsgericht Göttingen zu bildenden Ausschusses zur Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig bei  
2 Stimmenthaltungen)

Punkt 6:

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Hildesheim

- Drucksache Nr. 225 -

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz wählt aus den Vorschlägen

**Frau Barbara Rien, 37431 Bad Lauterberg im Harz**

in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Hildesheim.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Die Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

- Punkt 7: - Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010,
- Punkt 8: - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010,
- Punkt 9: - Haushaltssicherungskonzept 2010 und
- Punkt 10: - Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013

wegen der inhaltlichen Nähe gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt zu beschließen. Diesem Vorschlag stimmt der Kreistag zu.

Der Abg. Thoms nimmt für die SPD/FDP-Gruppe Stellung:

Anlässlich der Beratungen über den Haushalt 2009 habe er vor einem Jahr auf die Auswirkungen hingewiesen, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben werden, nämlich auf

- den weiteren Anstieg der Sozialausgaben,
- die Mindererträge aus Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage und
- die mittelfristig angespannten Haushaltsverhältnisse - wie in den Jahren 2003 bis 2006 -.

Die Wirtschaftskrise prägte den Haushalt 2010. Mehraufwendungen für die soziale Sicherung von 1,5 Mio. € und Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen von 5,6 Mio. € seien die Belastungen, auf die weder der Kreistag noch die Verwaltung Einfluss hätten.

Diese Zahlen zeigten ganz deutlich das Dilemma auf: Die Leistungen aus den Sozialgesetzen müssten gewährt werden, aber das Land stelle dem Landkreis Osterode am Harz dafür nicht die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Es sei auch nicht damit zu rechnen, dass das in Zukunft anders werde; das kürzlich vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums werde – sofern es den Bundesrat passiert – die Ertragssituation der Länder und der Kommunen weiter verschlechtern.

Die mittelfristige Finanzplanung des Landkreises Osterode am Harz für das Jahr 2010 sei zunichte gemacht. Anders als geplant werde der Kreistag keinen ausgeglichenen Haushalt beschließen können, sondern auf Jahre wieder sehr hohe Defizite ausweisen. Diese stiegen ins Unermessliche: Bis 2013 würden die Defizite auf eine Gesamtsumme von 44 Mio. € ansteigen, die Vorbelastung aus Liquiditätskrediten bis 2008 eingerechnet sogar auf unvorstellbare 90 Mio. €! Diese Unterfinanzierung zerstöre die kommunale Selbstverwaltung. Die Haushalte böten seit Jahren keinen Gestaltungsspielraum mehr. Deshalb erneuere die SPD/FDP-Kreistagsgruppe ihre Forderung an das Land, für einen auskömmlichen Finanzausgleich zu sorgen, der sicherstelle, dass die Sozialleistungen nicht mehr aus der Kontoüberziehung bezahlt werden müssten.

Aus eigener Kraft lasse sich die Haushaltslage nicht verbessern oder nur mit sehr fragwürdigen Ergebnissen. Die Stellschrauben des Haushalts seien bekannt, um zu Mehrerträgen oder Minderaufwendungen zu gelangen. Mehrerträge ließen sich durch eine Erhöhung der Kreisumlage erzielen. Sie zu erhöhen verbiete sich gegenwärtig, weil die Haushaltssituation der Mehrheit der kreisangehörigen Gemeinden genauso schlecht sei wie die des Landkreises Osterode am Harz. Im Übrigen bedürfte es eines Hebesatzes von 73,5%, um das Defizit des Landkreises von 10,6 Mio. € auszugleichen. An eine Erhöhung in dieser Größenordnung denke niemand, anderenfalls würde es bedeuten, dass man sich dann genauso wie Bund und Land verhalte, indem die Finanzierung der Sozialleistungen anderen aufgebürdet würde, ohne deren Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Die Kreisumlage werde nur dann in maßvollem Umfang zu erhöhen sein, wenn die vom Landrat angekündigte Prüfung ergebe, dass die Summe der Defizite der gemeindlichen Haushalte niedriger sei als das Defizit des Landkreises.

Stellschrauben für Minderaufwendungen oder Mehrerträge sind die Produktziele. Sie wurden in diesem Jahr auf Initiative der SPD/FDP-Kreistagsgruppe an die vom Kreistag beschlossenen strategischen Oberziele angepasst. Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe wolle, dass diese Ziele umgesetzt werden. Das stelle sicher, dass der Landkreis Osterode am Harz für die Zukunft ausgerichtet werde. Interkommunale Zusammenarbeit, Investitionen in Bildung und in die Wirtschaft seien unverzichtbar, um langfristig zu Einsparungen zu gelangen und der heimischen Wirtschaft Impulse zu geben. Wer aber kleinteilig Einsparungen bei der Kreisvolkshochschule oder der Kreismusikschule fordere, solle auch sagen, unter welchen veränderten Produktzielen diese Einrichtungen dann arbeiten sollen. Es sei dann ein Gebot der Ehrlichkeit darzulegen, in welchem Umfang das Angebot eingeschränkt werden oder es sich durch Gebührenerhöhung verteuern solle.

Nach diesen Prämissen handele die SPD/FDP-Kreistagsgruppe. Die Kürzung des Zuschusses für den Verein Frauen für Frauen zum Betrieb des Frauennotrufs sei dafür ein Beispiel. Er könne wirtschaftlicher betrieben werden, weil Leistungen wegfallen können, die andere Institutionen ebenfalls erledigen oder von diesen übernommen werden können. Doppelarbeit könne sich der Landkreis Osterode am Harz nicht leisten. Dafür dürften die Gelder des Kreishaushalts nicht eingesetzt werden. Der Zuschuss werde deshalb auf eine Größenordnung gebracht, die es erlaube, das Angebot aufrecht zu erhalten.

Landrat Bernhard Reuter habe in seiner Einbringungsrede aufgezeigt, an welchen Stellen weitergehende Sparmaßnahmen möglich, aber nicht sinnvoll wären. Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe schließe sich seiner Auffassung an. Sie danke ihm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung ausdrücklich dafür, dass verwaltungsintern eingespart werde, sonst wäre heute über einen Haushalt zu befinden, dessen Defizit noch um mehr als 600.000 € höher wäre.

Darüber hinaus gehende Einsparungen werde die SPD/FDP-Kreistagsgruppe nicht beantragen, weil sie nicht wolle, dass die Verwaltungs- und Schulbudgets noch weiter eingeschränkt und die Bauunterhaltung noch weiter gekürzt werden. Ein anderes Handeln liefe auch den strategischen Oberzielen des Landkreises zuwider.

Konsequent auf die Bildungsziele sei der Mitteleinsatz für die Schulen ausgerichtet. 1,8 Mio. € an Bauunterhaltungsmitteln würden in die Schulen fließen. Das seien 0,5 Mio. € mehr als im Jahr 2009. Dieses Geld nicht einzusetzen hieße, die Lasten in die Zukunft zu verschieben mit dem Ergebnis, die dann noch teurere Bezahlung der nächsten Generation zu überlassen.

Bemerkenswert hoch sei auch der Anteil der Investitionen, die für die Schulen vorgesehen seien; 900.000 € für Hochbaumaßnahmen und 750.000 € für die Ausstattung. Diese Ausrichtung werde von der SPD/FDP-Kreistagsgruppe begrüßt, ebenso der Ansatz von über 100.000 € für die Ko-Finanzierung EU-geförderter Investitionsmaßnahmen mit kreisweiter Bedeutung der finanzschwachen kreisangehörigen Gemeinden.

Das Investitionsvolumen des Finanzhaushalts von 7,4 Mio. € ziehe eine Nettoneuverschuldung von ca. 1,0 Mio. € nach sich. Sie sei dem Wegfall der Investitionsbindung der Schlüsselzuweisungen geschuldet; 1,8 Mio. € fehlten als Einzahlungen im Finanzhaushalt. Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe beurteile die Nettoneuverschuldung kritisch, komme aber zu dem Ergebnis, dass sie alternativlos sei, wenn von dem Haushalt 2010 für die heimische Wirtschaft überhaupt Impulse ausgehen sollen, die sie ja in Zeiten der Wirtschaftskrise so dringend benötige.

Eine Hoffnung der SPD/FDP-Kreistagsgruppe habe sich in diesem Haushaltsjahr erfüllt, nämlich die auf das Konjunkturpaket II, an dem der Landkreis mit dem zusätzlichen und beträchtlichen Investitionsvolumen von 4,7 Mio. € teilhabe. Davon werde die heimische Wirtschaft auch noch im Haushaltjahr 2010 profitieren.

Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe werde der Haushaltssatzung und dem Haushalt 2010 uneingeschränkt zustimmen. Sie teile die Auffassung des Landrates, dass es darauf ankomme, mit den genannten Akzenten klug durch die Krise zu kommen. Die Zustimmung erhalte auch das Haushaltssicherungskonzept und der Stellenplan 2010.

Der Stellenplan entspreche wie in den Jahren zuvor dem Verständnis der SPD/FDP-Kreistagsgruppe von verantwortlicher Personalwirtschaft. Es würden Stellen dort neu geschaffen, wo verstärkter Arbeitsanfall sie erfordere. Es verwundere nicht, dass das in den Bereichen geschehe, die soziale Leistungen gewähren. Die gestiegenen Sozialausgaben erforderten mehr Personal, um den sozial Schwachen die Leistungen zu gewähren, auf die sie einen Anspruch haben. Bei den neuen Stellen im Bodenschutz und in der Wirtschaftsförderung gehe die SPD/FDP-Kreistagsgruppe davon aus, dass sie nur temporär notwendig seien und dann entfallen, wenn die Bodenschutzverordnung verabschiedet bzw. das Projekt „Initiative Zukunft Harz – Wachstum und Beschäftigung“ umgesetzt sei.

Ein Stellenabbau erfolge dort, wo durch demografische und wirtschaftliche Entwicklung die Fallzahlen zurückgehen oder durch Rationalisierung eine effizientere Erledigung der Arbeit möglich werde. Landrat Bernhard Reuter sei es mit dem vorgelegten Stellenplan gelungen, die Personalausgaben konstant zu halten.



In den Personalkosten und in den Liquiditätskreditzinsen steckten aber für den Haushalt 2010 die Risiken. Die Anfang des Jahres 2010 bevorstehende Lohnrunde für die tariflich Beschäftigten der Kommunen und des Bundes und nicht auszuschließende Veränderungen im Leitzins für die Euro-Zone würden für die kommunalen Haushalte den Weg für die nächsten Jahre weisen; es werde sich entscheiden, ob die Kosten insgesamt begrenzt werden können oder sich inflationär entwickeln werden.

Zum Abschluss seiner Haushaltsrede erneuert der Abg. Thoms für die SPD/FDP-Kreistagsgruppe den Appell an die Verwaltung, auch den Haushalt 2010 restriktiv auszuführen.

Für die CDU-Kreistagsfraktion nimmt der Abg. F. Seeringer wie folgt Stellung:

Die CDU-Kreistagsfraktion werde heute den Stellenplan und den Haushalt auf Grund der dramatischen Finanzlage durch die internationale Finanzkrise, die weder der Kreistag noch die Kreisverwaltung zu verantworten habe, passieren lassen und sich der Stimme enthalten.

Die Finanzplanung für das Jahr 2010 habe einen Überschuss von ca. 200.000 € vorgesehen. In Wahrheit weise der Haushalt aber einen Fehlbetrag von 10,5 Mio. € aus. Eine Entwicklung, die sich in den Nachträgen des Jahres 2009 andeutete, die aber in dieser Größenordnung niemand voraussehen konnte. Der Landkreis Osterode am Harz könne im nächsten Jahr das Geld nicht mit beiden Händen ausgeben, sondern müsse sich auf die Pflichtausgaben reduzieren. Bei diesem gewaltigen Defizit sei die Erstellung eines ausgeglichen Haushaltes unmöglich und Spielraum für neue Projekte seien nicht gegeben.

Diese dramatische Entwicklung sei Folge der weltweiten Wirtschaftskrise, die sich bis in den kleinen Kreis Osterode dramatisch auswirke. Die Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich - aber auch im Job Center - seien ausführlich im Vorbericht beschrieben und vom Kreistag kaum zu beeinflussen, da sie gesetzlichen Vorgaben folgten. Damit sei ein Großteil des Defizits beschrieben.

Wenn dann noch die Einnahmen (Zuweisungen und Kreisumlage in Millionenhöhe) wegbrechen, sei ein Defizit in dieser Höhe nur zu verständlich. Auch die CDU-Kreistagsfraktion sehe sich nicht in der Lage gravierende Änderungen einzubringen, zumal sie es für richtig halte, in bescheidenem Maße gerade in der Bildung - in den Schulen - zu investieren, um auch weiterem wirtschaftlichen Rückgang in unserer Region, wenn auch bescheiden, entgegenzuwirken. Gerade der Jugend solle durch eine gute Ausbildung auch eine Perspektive in unserer nicht einfachen Region gegeben werden. Die Einzelheiten seien im Haushalt ausführlich beschrieben und brauchten nicht wiederholt zu werden.

Die CDU-Kreistagsfraktion werde ohne große Diskussion den Haushalt in der vorliegenden Fassung passieren lassen. Sie könne dem Haushalt trotzdem nicht zustimmen, weil er auch Teile enthalte, die in der Vergangenheit aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mitgetragen wurden. Hier nennt der Abg. F. Seeringer beispielhaft die Müllgebühren.

Auch sehe die CDU-Kreistagsfraktion die Entwicklung der Kreismusikschule, der Kreisvolkshochschule und des Museums Kloster Walkenried unter fiskalischen Gesichtspunkten mit Sorge, ohne dass zu diesem Zeitpunkt spezielle Anträge eingebracht werden sollen.

Der Kreistag müsse den Mut haben, zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, die die Schuldenlast nicht auf die nächste Generation abwälze. Der Diskussion um eine verfasste Region, die im Göttinger Raum immer von Neuem entfacht wird, oder Zusammenlegungsgespräche zwischen Holzminden und Northeim oder dem Wunsch einen neuen Harzkreis Osterode-Goslar zu installieren, müsse sich gestellt werden.

Hinsichtlich der Personalkosten habe die Kreisverwaltung in den letzten Jahren den richtigen Weg eingeschlagen. Zusammenlegung der Ämter und damit Einsparung der Amtsleiter, auch wenn im Gegenzug die entsprechende Besoldung erhöht werde. Dies seien richtige Entscheidungen, nur müsse das, was bei den Amtsleitern gehe, viel einfacher auch in den weiteren Ebenen möglich sein. Die CDU-Kreistagsfraktion glaube schon, dass dort noch Einsparpotenzial liege. Weitere personelle Einsparmöglichkeiten, die die CDU-Kreistagsfraktion in den letzten Jahren bei den Haushaltsdiskussionen eingebracht hätten, wolle der Abg. F. Seeringer in dieser Stellungnahme nicht wiederholen.

Trotzdem müsse man sich bei einem Personalkostenanteil von ca. 20 Mio. € Gedanken über die zukünftige Entwicklung machen. Neben den hier genannten Kosten müsse der Bürger des Landkreises Osterode am Harz auch noch die Personalkosten der Städte und Gemeinden aufbringen. Das seien nach seinen Hochrechnungen nochmals ca. 45 Mio. €. Nur für die kommunale Verwaltung bei einem Landkreis von 80.000 Einwohnern müssten über 60 Mio. € Verwaltungskosten aufgebracht werden, wobei die örtliche Polizei oder die Lehrer noch nicht einmal enthalten seien.

Der Abg. F. Seeringer stellt die Frage, ob in einem Landkreis von 80.000 Einwohnern, also einem Stadtteil von Braunschweig oder Hannover, acht hoch bezahlte Hauptverwaltungsbeamte, acht Bauämter und 8 Kämmereien gebraucht würden, zumal die Technik der Datenverarbeitung zentral durch die KDS zur Verfügung gestellt werde.

Abschließend stellt der Abg. F. Seeringer für die CDU-Kreistagsfraktion fest, dass sie den Haushalt passieren lasse, sich aber der Stimme enthalten werde.

Für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt der Abg. Rordorf zunächst aus, dass die Entscheidung über den Haushalt gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine gemeinsame Aufgabe sei und auch in der Vergangenheit von seiner Fraktion mit getragen worden sei. Maßgeblich seien nicht parteipolitische Akzente sondern eine überparteiliche Zusammenarbeit um dem Ärgernis, in engen Finanzspielräumen gefangen zu sein, begegnen zu können.

Die bestehenden Kosten der Pflichtaufgaben seien bereits genannt worden und auch er könne keine Konsolidierungsoption anbieten. Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Haushalt 2010 zustimmen, insbesondere auch im Hinblick darauf, dass eigene Entscheidungen des Landkreises Osterode am Harz nicht aus der Krise führen könnten. Als positive Aspekte nennt er die Förderung der Bildungsziele durch die inhaltliche und pädagogische Erweiterung der Berufsbildenden Schulen sowie die Erhaltung bzw. Erweiterung der baulichen Infrastruktur und die Ausstattung mit Informationstechnik. Die Entscheidungen im Bereich der Abfallwirtschaft würden mitgetragen; hier sei man auf dem richtigen Weg.

Kritik übte er an der Vertragsneugestaltung mit dem Verein Frauen für Frauen hinsichtlich der Aufgabe des Frauennotrufs. Seine Fraktion habe mit einer Halbierung der Personalkosten für die dort vorgehaltene Stelle einer sozialpädagogischen Mitarbeiterin leben können, nicht aber mit dem jetzt erreichten Ergebnis einer Einsparung von mehr als 50 %. Die Reduzierung der vom Landkreis Osterode am Harz zu übernehmenden Personalkosten von 56 T € auf 21 T € sei überzogen. Er stelle deshalb für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag, den Ansatz für das Produkt 1-1-1-030 - Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern - um die durch die Vertragsänderung mit dem Verein Frauen für Frauen über die Halbierung der Personalkosten hinausgehenden Betrag anzuheben (75 % von 7.000 €), da die Auswirkungen der Personalkosteneinsparung erst ab 1. Apr. 2010 greifen.

Im Übrigen regt er die Einrichtung einer Berufsakademie, eine Bedarfsanalyse hinsichtlich einer Integrierten Gesamtschule durch eine Elternbefragung, eine aktuelle Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Thema Kommunal финанzen sowie eine eigene Aufgabenanalyse im Zusammenhang mit der Prüfung von Fusionsmöglichkeiten durch den Landkreis Northeim an.

Der Abg. Hausemann äußert, dass er eine Berücksichtigung seines Vorschlags, die Abfallwirtschaft des Landkreis Osterode am Harz zu rekommunalisieren, vermisse. Er kündigt an, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Im Übrigen halte er die Daseinsvorsorge aus seiner Sicht nicht genügend berücksichtigt. Weiterhin unterstütze er den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Förderung des Vereins Frauen für Frauen weniger stark abzusenken.

Im Hinblick auf die Anregungen des Abg. Rordorf erläutert der Landrat, dass

- die Entscheidung zur Absenkung der Förderung des Vereins Frauen für Frauen erst nach einer ausführlichen Debatte durch den Kreisausschuss getroffen wurde. Ziel sei die Erhaltung der Einrichtung des Frauennotrufs gewesen, allerdings konzentriert auf die Aufgaben, die von keiner anderen Stelle als dem Landkreis Osterode am Harz wahrgenommen werden und dadurch eine Kostenreduzierung zu erreichen.
- die Einrichtung einer Berufsakademie bei einem Regierungswechsel möglich gewesen sei. Da es sich um eine Aufgabe des Landes handle, sei bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen keine realistische Chance gegeben.
- die Bedarfsanalyse für die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule vorgenommen werde, wenn der Elternwille vorhanden sei.
- das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ausschließlich durch Kredite finanziert sei und diese Kosten den Kommunen auferlegt würden. Direkt sei der Landkreis Osterode am Harz in einer Größenordnung von ca. 1,6 Mio. € betroffen. Indirekt würden durch die Inanspruchnahme der kreisangehörigen Gemeinden nochmals 0,8 Mio. € an Finanzmitteln entzogen.

Es ergeben sich kurze Aussprachen hinsichtlich

- der Bewertung der gesetzgeberischen Maßnahmen, an der sich die Abg. Meyer und der Landrat beteiligen sowie
- des Antrages der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Förderung des Vereins Frauen für Frauen weniger stark abzusenken, an der sich die Abg. Rordorf und Thoms beteiligen.

Die Vorsitzende schließt die Aussprache zum Haushalt.

Zur Abstimmung stellt die Vorsitzende zunächst den vom Abg. Rordorf im Namen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN eingebrachten

Antrag:

Der Ansatz für das Produkt 1-1-1-030 - Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern - wird um die durch die Vertragsänderung mit dem Verein Frauen für Frauen über die Halbierung der Personalkosten hinausgehenden Betrag (75 % von 7.000 €, da die Auswirkungen der Personalkosteneinsparung erst ab 1. Apr. 2010 greifen) angehoben.

(Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür und  
36 Gegenstimmen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann lässt die Vorsitzende über die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 10 einzeln abstimmen. Es werden folgende

### Beschlüsse

gefasst:

#### **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010**

Der Kreistag beschließt den Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010 gem. § 65 NLO i.V.m. § 85 Abs. 2 NGO und § 5 GemHKVO in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei  
13 Stimmenthaltungen)

#### **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010**

Die Haushaltssatzung des Landkreises Osterode am Harz für das Haushaltsjahr 2010 wird in der mit Schreiben vom 9. Dez. 2009 überreichten Fassung des Satzungsentwurfs beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür,  
1 Gegenstimme und  
15 Stimmenthaltungen)

#### **Haushaltssicherungskonzept 2010**

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO wird das Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Osterode am Harz beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei  
15 Stimmenthaltungen)

#### **Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013**

Der Kreistag beschließt gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO die Festsetzung der im Investitionsprogramm aufgeführten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und nimmt von dem Finanzplan für die Planungsjahre 2009 – 2013 zustimmend Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür und  
1 Gegenstimme und  
15 Stimmenthaltungen)

Punkt 11:

Anfragen und Mitteilungen

1. Die Abg. Meyer fragt, wie der Landrat einen Artikel des Harzkuriers bewertet, welcher über 200 gegen Müllgebührenbescheide des Landkreises Osterode am Harz anhängige Klagen berichtet.

Der Landrat führt aus, dass sich der Landkreis Osterode am Harz hoch qualifizierten anwaltlichen Rat bei einer renommierten Fachanwaltskanzlei eingeholt habe. Insoweit habe man - zusätzlich zur sorgfältigen rechtlichen Beurteilung im eigenen Haus - alles getan, um die vom Verwaltungsgericht Göttingen angelegten Maßstäbe zu ergründen und zu erfüllen.

2. Der Abg. Schirmer HKB fragt nach dem Sachstand bei der Verpachtung der Hanskühnenburg.

Der Landrat erläutert, dass man sich unter mehreren Pachtinteressenten für zwei Damen aus der Region als Pächterinnen entschieden habe. Der Vertrag solle noch in der laufenden Woche unterzeichnet werden, um eine Öffnung der Hanskühnenburg zu den Festtagen zu ermöglichen.

Der Abg. Rordorf fragt, ob über eine Privatisierung der Hanskühnenburg nachgedacht worden sei und welcher Investitionsbedarf für den Landkreis Osterode am Harz abzusehen sei ?

Der Landrat führt aus, dass die Hanskühnenburg auf Grund und Boden im Eigentum des Landes Niedersachsen errichtet sei, so dass ein Verkauf an einen Dritten mit rechtlichen Schwierigkeiten verbunden wäre; die Nationalparkverwaltung sei im Übrigen nicht an einer Betriebsübernahme interessiert. Hinsichtlich möglicher Investitionen durch den Landkreis Osterode am Harz erläutert er, dass diese zunächst nur für unabweisbare Maßnahmen - wie z. B. die Energieversorgung - angedacht seien. Darüber hinaus wären sie nur in Abhängigkeit eines tragfähigen Konzeptes der Betreiber möglich.

3. Der Abg. Hausemann bezieht sich auf die im letzten Jahr auf Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN für die Beratung sozial Bedürftiger in Energiefragen bereitgestellten Mittel und fragt nach dem aus diesen Mitteln finanzierten Heizspiegel für den Landkreis Osterode am Harz. Dieser erscheint ihm nicht ausreichend, da gerade die Zielgruppe in schlechten baulichen Gegebenheiten wohnen würde.

Der Landrat verweist auf die in der Niederschrift über die Sitzung des Kreis-ausschusses am 9. Nov. 2009 ausführlich dargestellte Mittelverwendung. Ein Heizspiegel sei das geeignete Instrument, um unangemessene Verbrauchswerte festzustellen und in diesen Fällen den Betroffenen fachliche Beratung anzubieten.

Punkt 12:

Einwohnerfragestunde

Herr Lothar Rudolf aus Herzberg am Harz fragt, welche Folgen bei einer möglichen Auflösung des Jobcenters zu erwarten seien ?

Der Landrat antwortet, dass die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene keine Änderungen für die Optionskommunen vorsieht, d. h., für den Landkreis Osterode am Harz ist eine Auflösung des Jobcenters nicht zu erwarten.

Für die Arbeitsgemeinschaften aus Landkreis- und Arbeitsverwaltung habe ihre Auflösung dramatische Auswirkungen, da das vorgegebene Ziel der „Hilfe aus einer Hand“ nicht mehr gewährleistet werden kann.

Um 16.35 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 22. Feb. 2010